



Vormerken: EUROPAAHL am 7. Juni

6. Februar 2009

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

die Vergabe eines großen Bauauftrags in Großbritannien hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Ein italienisches Subunternehmen wollte die Arbeiten ausschließlich von italienischen und portugiesischen Beschäftigten ausführen lassen. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage kam es daraufhin zu zahlreichen spontanen Streiks. Europakritische und nationalistische Populisten wollten die Situation für ihre Sache nutzen. Doch die britischen Gewerkschaften stellten klar: der Protest richtet sich weder gegen die Auftragsvergabe an europäische Subunternehmer noch gegen die Beschäftigung von ausländischen Kollegen. Vielmehr werden der Ausschluss heimischer Arbeitskräfte von den Arbeiten sowie die Unterwanderung der britischen Lohn- und Sozialstandards unter dem Deckmantel der Arbeitnehmerfreizügigkeit angeprangert. Das ist die Quittung für die verfehlte Politik der EU-Kommission. Gewerkschaften und Sozialdemokraten fordern deshalb seit Langem eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie, um Lohn- und Sozialdumping endlich einen Riegel vorzuschieben.

Mit besten Grüßen

Arbeitgeber zahlen bei Schwarzarbeit

Wer illegale Einwanderer aus Drittstaaten beschäftigt, muss nach dem Willen des Europäischen Parlaments in Zukunft mit härteren Sanktionen rechnen. Auf Druck der Sozialdemokratischen Fraktion wurde erreicht, dass nicht die Schwarzarbeiter, sondern ihre Arbeitgeber bestraft werden. Neben Geldbußen drohen ihnen Kosten für die Heimreise der illegalen Einwanderer, die Rückzahlung von Subventionen sowie Nachzahlungen von Steuern und Sozialversicherung.

In der Europäischen Union leben zwischen 4,5 und 8 Millionen illegale Einwanderer. Ihre prekäre Situation wird von Arbeitgebern ausgenutzt. Sie arbeiten daher häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen, ohne faire Bezahlung und ohne soziale Absicherung. Besonders das Baugewerbe, die Landwirtschaft, Reinigungsdienste sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe sind betroffen.

Das soll sich nun ändern. Die EU-Mitgliedstaaten sind angehalten, ihre Kontrollen zu verstärken und Gesetze gegen diese moderne Form der Sklaverei zu erlassen. In Zukunft sollen der Hauptunternehmer sowie alle Subunternehmer haften, die Kenntnis über illegal Beschäftigte haben. Die Arbeitgeber müssen deshalb die Aufenthaltsdokumente ihrer Beschäftigten kontrollieren und den Behörden den Beginn des Arbeitsverhältnisses mitteilen.

Eine generelle Haftung der Hauptunternehmer scheiterte bisher jedoch am Widerstand der EU-Mitgliedstaaten. Hier besteht noch dringender Nachbesserungsbedarf. Sonst laufen wir Gefahr, dass die neue Richtlinie nach der Verabschiedung durch den EU-Ministerrat ein zahnloser Tiger wird.

Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Das Europäische Parlament begrüßt die Pläne zur Schließung des Gefangenenlagers Guantanamo. Europa hatte dies seit Jahren gefordert. Sollten die USA um Hilfe bitten, müssen die EU-Mitgliedstaaten auch bereit sein, unschuldige Häftlinge aufzunehmen. Dies ist eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Die Hauptverantwortung liegt zweifelsfrei bei den USA. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass Häftlinge nach ihrer Freilassung nicht unbedingt in Amerika bleiben möchten. Viele können aber auch nicht zurück in ihre Heimat, da ihnen dort Folter und Tod drohen. Wenn die neue US-Regierung nun endlich zum Völkerrecht zurückkehren will, sollte Europa ihr keine Steine in den Weg legen. Die EU muss daher bei Bedarf helfen, eine Lösung für den Verbleib der Häftlinge zu finden.

Scharfe Kritik übten die Sozialdemokraten an Aussagen wie der des bayerischen Innenministers Hermann. Er hatte geäußert, dass wer in Guantanamo einsitze, wohl nicht umsonst dort sei. Eine absolut inakzeptable Rechtsauffassung. Denn auch für Guantanamo-Häftlinge gilt bis zu einer Verurteilung die Unschuldsvermutung.

Fit für Europa?

Unter allen richtigen Antworten zu der folgenden Frage die uns per E-Mail **bis Ende der nächsten Woche** erreichen, verlosen wir einen Korkenzieher.

Frage: Wie viele EU-Bürgerinnen und Bürger sind am 7. Juni 2009 in Deutschland zur Europawahl aufgerufen?

a) 64 Millionen b) 82 Millionen c) 493 Millionen

Der Gewinner vom letzten Mal ist **John Cebulla** aus **Hohenstein**. Tschechien hat derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne.

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de